

Aktionsplan Inklusion und Demographie (Landkreis Regensburg)

Ort: Landratsamt Regensburg, Kleiner Sitzungssaal

Datum und Uhrzeit: 30.05.16, 17:30 Uhr

1. Treffen Arbeitsgruppe Schule und Erziehung

Teilnehmer: 16

- Abbenhues, Bertin (Katholische Jugendfürsorge der Diözese Regensburg e.V.)
- Bader, Susan (Landratsamt – Kreisjugendamt)
- Eggenfurtner, Evelyn (Elternrunde Down-Syndrom)
- Faltermeier, Ludwig (Bischoff-Wittmann-Schule, ehrenamtlich)
- Gstettner, Konrad (Fachschule für Heilerziehungspflege der Barmherzigen Brüder)
- John, Michael (BASIS-Institut GmbH)
- Liedl, Anton (Staatl. Berufschulezentrum Regensburger Land)
- Mooser, Karl (Landratsamt Regensburg – Sozialabteilung)
- Peppe, Andreas (Gebärdensprachdozent)
- Reifschneider, Peter (BASIS-Institut GmbH)
- Riepl, Christoph (Landratsamt Regensburg)
- Schichtl, Christiane (Staatliches Schulamt)
- Spreitzer, Wenzel (Bezirksverband der Gehörlosen Oberpfalz e.V.)
- Weiß, Isabella (Bezirk Oberpfalz – Sozialverwaltung)
- Zeisel, Irene (Unabhängige Beratungsstelle Inklusion, Landkreis Regensburg)
- Zwosta, Margit (Ambulanter Dienst der Schulbegleitungen der KJF Regensburg)

Tagesordnungspunkte:

| | | |
|---|---|----|
| 1 | Begrüßung durch Herrn Mooser | 1 |
| 2 | Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John..... | 1 |
| 3 | Diskussion..... | 2 |
| 4 | Verabschiedung durch Herrn Mooser | 11 |

1 Begrüßung durch Herrn Mooser

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt Herr Mooser, Leiter der Sozialabteilung des Landratsamts Regensburg, alle TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe Schule und Erziehung des Aktionsplans Inklusion und Demografie und bedankt sich für deren Erscheinen. Anschließend gibt er das Wort an Herrn John, Geschäftsführer des projektbegleitenden BASIS-Instituts, weiter.

2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John

Herr John zeigt zunächst eine Präsentation mit den wichtigsten Ergebnissen aus der Arbeitsgruppe Schule und Erziehung der Auftaktveranstaltung in Neutraubling, welche der erste große Schritt zur Erstellung des Aktionsplans Inklusion und Demographie im Landkreis Regensburg war. Die Präsentation enthält unter anderem in den Arbeitsgruppen der Auftaktveranstaltung benannte Stärken/Schwächen,

wichtige Fragen und Probleme sowie konkrete Maßnahmenvorschläge zur Umsetzung von Inklusion im Bereich Schule und Erziehung. Anschließend skizziert er kurz den Rahmen der Veranstaltung: Demnach ist geplant den Aktionsplan Inklusion und Demographie im Landkreis Regensburg bis Ende des Jahres in einem stufenweisen Prozess fertigzustellen. In der heutigen ersten Sitzung soll durch die Beiträge der Teilnehmenden zunächst eine Bestandsaufnahme der Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten im Landkreis im Bereich Schule und Erziehung entstehen. Daraufhin werden die angesprochenen Punkte geordnet und in der darauffolgenden, zweiten Sitzung der Arbeitsgruppen in konkrete Maßnahmenvorschläge umgewandelt. Auf Grundlage der ersten beiden Arbeitsgruppensitzungen entsteht dann ein Entwurfstext von 6-10 Seiten, in dem die bisher herausgearbeiteten Probleme und anzugehenden Maßnahmen im Bereich Schule und Erziehung benannt werden. Dieser Entwurf wird den TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppen ca. zehn Tage vor der dritten Arbeitsgruppenrunde vorgelegt. In der dritten Arbeitsgruppenrunde können dann Ergänzungen und Umformulierungen in das Papier eingearbeitet werden. Anschließend wird der Entwurfstext jeder einzelnen Arbeitsgruppe nochmal an die Sozialverbände, die Verbände der Menschen mit Behinderung, die Vereine, die Selbstorganisationen von Menschen mit Behinderung und an die Abteilungen im Landratsamt versendet, welche daraufhin finale Veränderungswünsche formulieren können. Bevor der Text schließlich dem Kreistag vorgelegt wird, wägt eine Redaktionsgruppe unterschiedliche Perspektiven ab, um zu einem einheitlichen, möglichst widerspruchsfreien Papier zu gelangen.

3 Diskussion

In der folgenden Diskussion können sich die TeilnehmerInnen jederzeit einbringen. Die Themenreihenfolge ist in dieser ersten Sitzung noch völlig beliebig. Herr John, der das Gespräch moderiert, bittet darum, sich jeweils mit Namen und ggf. Funktion vorzustellen und macht den Vorschlag zunächst mit dem frühkindlichen Bereich zu beginnen und anschließend den Bereich Schule zu behandeln. Er wirft die Frage in die Runde, wie in diesen beiden Bereichen bisher die Umsetzung von Inklusion gelungen ist und was sich ändern müsste, um diese zu verbessern.

Belange von Menschen mit Hörschädigungen und Gehörlosen im Bereich Bildung

Herr Peppe, Gebärdensprachdozent, weist zu Beginn auf die unterschiedlichen Belange von Menschen mit Hörschädigungen hin (bspw. Menschen mit Cochlea-Implantaten bzw. auf Gebärdensprache angewiesene Personen). Das Kernproblem sei, dass die Lautspracherziehung nicht immer gegeben ist. Wichtig wäre hier eine

wohnnortnahe Lösung für Kinder mit Hörschädigung. Zwar gebe es für Kinder Hausgebärdensprachkurse, allerdings sind den anwesenden Personen keine Kitas mit Gebärdensprachdolmetscher in der Region bekannt. Frau Weiß, Sozialverwaltung Bezirk Oberpfalz, stimmt dem zu und berichtet auch von Problemen in der Rekrutierung von Personal für Hausgebärdensprachkurse. Desweiteren sei der Weg zur nächstgelegenen Gebärdensprachschule weit, die sich in Straubing und somit im Bezirk Niederbayern befindet. In Zukunft rechnet sie außerdem mit immer mehr gehörlosen oder hörgeschädigten Kindern, die nach der 3. oder 4. Klasse hinzukommen. Sie berichtet auch, dass in Schwaben bereits gehörlose Kinder in manchen Einrichtungen inkludiert seien. Herr Faltermeier, ehrenamtlich tätig bei der Bischoff-Wittmann-Schule, verweist auf das Institut für Hörgeschädigte in Straubing, das im Kindergartenalter Mobile Sonderpädagogische Hilfen (MSH) anbietet, d.h. konkret, dass Fachkräfte für 2 Stunden in der Woche in die Einrichtungen kommen. Das Problem sei aber, dass Kindergärten die MSH nicht anfordern. Herr John wirft daher die grundsätzliche Frage auf, wie eine inklusive KITA zu beurteilen sei oder ob spezielle Fördereinrichtungen doch die bessere Variante sind. Herr Peppe gibt zu verstehen, dass dazu unterschiedliche Meinungen vorherrschen, aber prinzipiell viele Spielarten möglich seien. So fordert Herr Spreitzer vom Bezirksverband der Gehörlosen Oberpfalz e.V. eine zeitliche Aufteilung der Betreuung durch hörende und nicht-hörende Erzieher, da ein Kind beide Sprachen erwerben sollte. Dies sei vor allem bei CI-implantierten Kindern wichtig, die bislang keine Gebärdensprache erlernt haben. Er plädiert daher dafür keine Trennung zwischen Schwerhörigen und Hörgeschädigten in Bereich Schule und Erziehung vorzunehmen, da diese im Erwachsenenleben ohnehin zusammenkommen. Denn ein weiteres großes Problem sei die Vereinsamung von CI-implantierten Personen im Lebensverlauf, wenn diese bislang keine Gebärdensprache erlernt haben und im Erwachsenenalter eine vollständige Gehörlosigkeit eintreten würde. Auf die Nachfrage von Herrn John, inwieweit die CI-Beratung offen gestaltet werden sollte, fordert Herr Peppe mit Nachdruck eine offene Beratung und appelliert an eine Veränderung der Sichtweise der Mediziner, da nicht nur das Gehör ausgeglichen werden muss, sondern der ganze Mensch im Mittelpunkt stehen sollte. Es müsse daher die Alternative geben, beide Sprachen zu erlernen. Im Bereich Schule stelle sich die Situation ähnlich da. Es wird auf den Tag „X“ verwiesen, an dem im Bezirk Oberpfalz eine inkludierte Schulung umgesetzt ist und ein Kind an „normaler“ Schule einen Gebärdensprachdolmetscher benötigt. Darauf müssten sich die Schulen bereits jetzt

einstellen. Herr John fasst zusammen, dass viele verschiedene Perspektiven bzgl. Gehörlosigkeit oder Gehöreinschränkung deutlich geworden sind und zwischen den Belangen von auf Gebärdensprache angewiesenen Personen, Personen mit technischen Hilfen oder auch Lippenlesern sehr stark unterschieden werden muss, beispielsweise auch in Bezug auf Barrierefreiheit.

Involvierung inklusiver KITAS in lokale Planungsprozesse

Herr John möchte wissen, ob es trägerübergreifend einheitlich Standards in Bezug auf Inklusion an KITAS gibt. Frau Weiß erklärt, dass dies abhängig davon sei, was das Kind braucht. Denn jedes Kind habe eine andere Ausprägung der Beeinträchtigung und es müsse zunächst einmal geklärt werden, warum das jeweilige Kind eine spezielle Förderung benötigt.

Es wird berichtet, dass es im Landkreis vereinzelt inklusive KITAS gibt. Herr John erkundigt sich nach der Förderung für inklusive KITAS. Frau Weiß berichtet, dass dazu die Gesetzeslage Handlungsspielräume gäbe und die betroffene KITA/der betroffene Kindergarten normalerweise auf den Bezirk zukommt. Bisher sei die gängige Praxis die Umlegung auf den Sonderfördersatz für Kindergärten bei zusätzlichen Kräften. Im Bezirk Oberbayern und Schwaben werde dagegen bei Kindern mit besonderem Förderungsbedarf; der dann höhere Betreuungsschlüssel auf den allgemeinen Satz draufgelegt. Frau Richter von Phönix e.V. berichtet, dass durch die individuellen Belange der Kinder mit Einschränkungen und die damit verbundene individuelle Förderung durch den Bezirk, die Kindergärten oftmals nicht wüssten, wie viele Inklusionsplätze bzw. qualifiziertes Personal sie bereithalten müssten. Bei kleinen Kindergärten auf dem Land seien diese individuellen Lösungen aber leichter zu realisieren als in größeren, städtischen Kindergärten. Frau Bader vom Kreisjugendamt schlägt vor, dass jede KITA vor Ort prüft, inwieweit inklusive Betreuung dort möglich ist. Ein Problem sei auch oftmals die fehlende Barrierefreiheit bei alten KITAS, wenngleich beim Bau neuer KITAS auf Barrierefreiheit geachtet werde. Das Ziel müsse aber die inklusive Betreuung für jedes Kind in jeder Einrichtung sein. Dies sei aber nur zu verwirklichen, wenn auch die Einrichtungen bereit und der Weg der Umsetzung möglich ist. Dies sei sehr erstrebenswert, da gerade die frühkindliche Betreuung eine gute Möglichkeit ist ein positives Beispiel für Inklusion zu sein, da hier noch kein so hoher Leistungsdruck wie an den Schulen herrsche. Ein möglicher Ansatzpunkt wäre die Begleitung durch Fachdienste in der Frühförderung. Herr John möchte näher wissen, wie eine Einrichtung auf die Situation eines Kindes reagiert und sieht aus der Perspektive der Einrichtung die Möglichkeit die Gruppenanzahl zu

reduzieren, oder aber den Personaleinsatz auszuweiten. Frau Bader verweist wieder darauf, dass dies von der Beeinträchtigung der Kinder abhängt, da ein Kind mit körperlicher Beeinträchtigung im Vergleich zu einem Kind mit kognitiver Störung vielleicht keine Probleme mit einer großen Gruppe habe. Ihre Empfehlung ist es daher die Plätze nicht voll zu belegen, sondern einen gewissen Vorrat für Kinder mit höherem Faktor freizuhalten. Herr John kritisiert die Praxis der Kalkulation der Kindergärten, die oftmals davon ausgehen, dass alle Kinder nur Förderfaktor 1 haben. Sinnvoller wäre es aber die tatsächliche Situation zu berücksichtigen. Denn gerade bei der Bedarfsplanung im ländlichen Raum halten Kommunen oftmals nicht ausreichend Plätze zur Verfügung. Frau Bader räumt ein, dass dies trägerabhängig sei, ob Kommunen darauf aufmerksam gemacht werden und kein kommunaler Träger mit Inklusionseinrichtungen im Landkreis existent ist.

Es wird außerdem berichtet, dass sich die Zusammenarbeit mit den Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund oftmals schwierig gestaltet, da diese eine gesonderte Förderung aufgrund der Befürchtung einer Stigmatisierung ihres Kindes nicht wollen. Dies erschwere massiv die Zusammenarbeit zwischen dem Fachdienst des Kindergartens und den Eltern.

Daten zu Kindern mit Förderungsbedarf in KITAS

Herr John berichtet anschließend, dass im Rahmen des Aktionsplan Inklusion und Demografie eine Befragung von Menschen mit Behinderung im Landkreis Regensburg gestartet wird, in dem das Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) einen Fragebogen an eine Stichprobe mit Menschen mit eingetragenem Grad der Behinderung verschickt und zudem ein spezieller Bogen für die Eltern von Kindern mit Behinderung unter sechs Jahren direkt über die KITAS an die Eltern versandt wird. Es gebe aber keine leicht abrufbare Übersicht für den Landkreis, aus der die Anzahl der Kinder mit Förderungsbedarf und deren zeitliche Entwicklung ersichtlich sind. Frau Bader verweist darauf, dass jede Einrichtung die Kinder mit Förderungsbedarf auf der Abrechnungsseite des Ministeriums eintrage und es aktualisierte Angaben im Internet gebe; Frau Weiß bestätigt, dass es Daten zur individuellen Förderung durch den Bezirk gebe, allerdings nur auf Bezirks- und nicht auf Landkreisebene. Die Übersichten müssen daher händisch aus den Einzelangaben der Einrichtungen zusammengestellt werden.

Raumbedarf und Summenraumprogramm

Im Folgenden wendet sich die Diskussion auf den Raumbedarf und den Problemen, die das Summenraumprogramm (SRP) in Bezug auf Inklusion mit sich bringt. Herr John

wirft die Frage auf, welche Möglichkeiten Räume bieten, die nach dem SRP gefördert wurden. Frau Bader berichtet, dass die Größe für einen Gruppenraum und der Interaktionsradius von Menschen mit Behinderung wieder sehr individuell sind. Oftmals ist die zur Verfügung gestellte Fläche bei Inklusionsgruppen kleiner als bei anderen Regelgruppen. Es müsse auch immer berücksichtigt werden, dass ein behindertengerechtes WC vorhanden ist oder eingebaut wird. Der Schwachpunkt des SRP sei darin zu sehen, dass stark von einer Gruppe und einer Nebengruppe ausgegangen wird, was dem Grundgedanken des offenen Arbeitens entgegensteht. Derzeit sei aber ein Therapieraum in Obertraubling geplant. Frau Bader will bis zum nächsten Mal nachschauen, ob dieser durch das SRP gefördert wird. Herr John schlägt vor statt des SRP lieber Qualitätsmerkmale für künftige Einrichtungen neu gebauter KITAS zu finden und die Probleme des SRP an die Regierung zu kommunizieren und eine Überarbeitung anzuzeigen.

Fachdienste und Therapien

Da bislang eher die bauliche und personelle Seite diskutiert wurde, fragt Herr John nochmal nach den Fachdiensten und Therapien. Frau Weiß beschreibt die Situation so, dass der Fachdienst oftmals in den KITAs dabei sei, aber auch Komplexmaßnahmen der Frühförderung durch die Krankenkassen oder den Bezirk finanziert werden. Dies führe teilweise zu einer regelrechten Unübersichtlichkeit in den KITAs, welches Kind nun durch welche Schiene gefördert wird, da diese ja dieselben Räume im Kindergarten benutzen. Herr John schlägt die Gründung eines Arbeitskreises der Fachberatung vor, der sich mit Inklusion in KITAs näher befasst. Beispielsweise könnte statt der Abteilung Servicestelle für Senioren und Menschen mit Behinderung im Landratsamt auch die Abteilung des Kreisjugendamtes diese Aufgabe übernehmen. Dies könnte auch in den Aktionsplan aufgenommen werden.

Einladung relevanter Akteure für nächste Sitzung

Herr John erkundigt sich, ob in der Runde Personal aus der Leitung einer KITA anwesend ist. Da sich niemand meldet, berichtet Frau Bader, dass Einladungen an KITA-Leitungen versendet wurden, es aber keine Rückmeldungen gab. Allerdings seien bei der Auftaktveranstaltung 3-4 Personen aus der Leitung einer KITA dagewesen. Zur nächsten Sitzung wollen Frau Bader und Frau Weiß versuchen, 1-2 Personen aus den Leitungen der KITAs hinzuzuholen, um nochmal die andere Perspektive in die Diskussion einzubringen.

Zwischenfazit Inklusion im frühkindlichen Bereich

Herr John fasst die Ergebnisse der Diskussion über Inklusion im frühkindlichen Bereich zusammen und stellt insgesamt ein positives Klima fest. Allerdings gebe es Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich des Zusammenspiels der Einrichtungen und lokaler Planungsprozesse. Daneben wurden Probleme bezüglich Förderungsmöglichkeiten, des Summenraumprogramms und speziellen Vorgehensweisen für hörgeschädigte Menschen aufgeworfen.

Situation der Schulen im Bereich Inklusion im Landkreis Regensburg

Anschließend wird in der Arbeitsgruppe der Themenbereich Schule diskutiert. Irene Zeisel von der Unabhängigen Beratungsstelle Inklusion im Landkreis Regensburg stellt fest, dass es vielfältige Möglichkeiten bezüglich Schule und Inklusion gebe. Diese seien in den außerschulischen Beratungsstellen jedoch oftmals kaum bekannt. Herr Liedl, Rektor des Staatlichen Berufschulezentrum Regensburger Land, berichtet, dass einige Personen in der regulären Berufsschule Verhaltensstörungen und massive Probleme im Lernen haben. Seine Schule arbeite daher seit vier Jahren am Einstieg in die Inklusion und ist dabei im Modellprojekt Bildungspakt Bayern engagiert, um eine inklusive berufliche Bildung in Bayern zu verwirklichen. Beispielsweise ist in diesem Rahmen ein Tandem mit einer Partnerklasse mit geistig behinderten Kindern im Förderzentrum in Ettmansdorf umgesetzt worden. Außerdem sei derzeit im Gespräch, sich für das Schulprofil Inklusion an Berufsschulen zu bewerben. Dafür benötigt das Berufschulezentrum aber Unterstützung, da bspw. Stunden durch den MSD gewährleistet sein müssen. Außerdem müssen die regulären Lehrkräfte durch Fortbildungen in Sonderpädagogik geschult werden, um eine Professionalisierung der Betreuung bzw. des Unterrichts zu erreichen. Die nächste große Herausforderung sei die Verbindung zur Arbeitswelt, die zum Teil für dieses Thema noch überhaupt nicht sensibilisiert sei. Insgesamt ist eine stärkere individuelle Förderung nötig. Das Ganze werde aber auch durch die Integrationsproblematik und die Flüchtlingsklassen erschwert.

Bereitstellung von Inklusionsmöglichkeiten durch Schulen

Herr John regt an, diese Prozesse durch weitere Kooperationen zu fördern. Grundsätzlich seien aber viele Fragen schon lange da (bspw. multiprofessionelle Teams an Schulen, Mindestausstattung an Personal). Gleichzeitig tauchen aber durch den Inklusionsgedanken neue Fragen auf, wie bspw. Möglichkeiten der Hilfestellungen durch den Freistaat und Überforderung der Schulen und Lehrkräfte. Er plädiert für einen individuellen Blick auf den Förderbedarf und die damit verbundene

Förderstruktur eines Kindes nicht nur in den KITAS und Grundschulen, sondern auch in der Sekundarstufe. Es stelle sich insbesondere die Frage, was beim Widerstand von Schulen Inklusionsmöglichkeiten bereitzustellen, geschehen müsse. Perspektivisch sollte ein Entwicklungsprozess eingeleitet werden, in dem eine auf Frontalunterricht und Diagnostik ausgerichtete Pädagogik durch eine individualisierte, unterstützende Pädagogik abgelöst wird. Frau Schichtl vom staatlichen Schulamt (ehem. Schulleiterin der Konrad Grundschule in Regensburg) findet, dass dies eine Entwicklung sei, die Zeit braucht. Die Strategie müsse dabei sein, durch positive Inklusionsbeispiele (bspw. Schulung des Kollegiums, barrierefreier Umbau) für Multiplikatoreffekte auf andere Einrichtungen zu sorgen, mit dem Ziel, flächendeckend eine wohnortnahe inklusive Beschulung zu erreichen. Es sei in den letzten vier, fünf Jahren vor allem im Bereich Fortbildung in dieser Richtung viel passiert. Frau Zwosta vom Ambulanten Dienst der Schulbegleitungen der KJF Regensburg merkt an, dass aufgrund der sehr unterschiedlichen Handicaps der SchülerInnen kein einheitlicher Standard bezüglich Inklusion an Schulen möglich sei

Förderliche Bedingungen für inklusive schulen

Herr Liedl beklagt, dass es derzeit nur einen Förderplan gebe, bei dem zunächst nur diagnostiziert wird, welche Förderungsbedarfe vorliegen. Es müsse aber im Zusammenspiel aus MSD, Schulpsychologie, Jugend- und Sozialarbeitern und den Lehrkräften ein IST-Zustand erarbeitet werden, in dem auch die Stärken von Menschen mit Behinderung aufgenommen werden sollten, um auch die andere Seite zu sehen. Dies könne dann als Grundlage für einen Maßnahmenplan dienen, in dem festgehalten ist was, bis wann und von wem durchgeführt wird. Anschließend müsse diese Maßnahmen dann evaluiert werden. Herr John schlägt vor, dass förderliche Bedingungen im Aktionsplan beschrieben werden sollten. Er möchte wissen, was „förderlich“ sei und ob neben dem Landkreis, auch die Kommunen, der Bezirk oder das Kultusministerium etwas beitragen können. Frau Schichtl nennt mehrere Punkte: Zum einen müsse es ein neues Raumkonzept mit Differenzierungsräumen zum offeneren Arbeiten geben. Des Weiteren sei eine sehr gute Personalausstattung der Schulen nötig. Dies beinhalte auch multiprofessionelle Teams, die in Schulen durch die Begleitung des MSD heranwachsen. Außerdem müsse die Unterstützung der Förderzentren steigen, bspw. von derzeit 13 auf 20 Stunden MSD-Stunden. Über den Fortbildungsbereich müsse das fachliche Knowhow der Beteiligten erweitert werden. Insgesamt brauche es die Bereitschaft der Leute, die durch positive Beispiele stimuliert werden sollte. Frau Zwosta merkt an, dass dies

allein nicht reiche, sondern auch sanfter Druck nötig sei, da die Schulen eigentlich keine rechtliche Grundlage für die Ablehnung eines förderungsbenötigenden Kindes haben. Frau Richter beklagt, dass oftmals zwei Extreme bei der Kontaktaufnahme von Eltern eines Kindes mit Förderungsbedarf zu den Schulen vorherrschen: Entweder sagen die Schulen von vornherein nein, oder manche sagen ja, haben dafür aber überhaupt nicht die Mittel und sind völlig überfordert. Es bräuchte daher mehr Unterstützung für die Lehrer.

Weiterbildungen und Unterstützungsmöglichkeiten für Lehrkräfte

Eine Mutter eines Kindes mit Down-Syndrom schildert, dass die inklusive Beschulung für beide Seiten Vorteile haben, da das betroffene Kind Fortschritte mache, es aber auch der Klasse gut tue, da das Lernen von Unterschiedlichkeit helfe, mit unterschiedlichen Nachbarn klarzukommen. Allerdings besteht derzeit die Gefahr, dass das Kind an eine sonderpädagogische Schule wechseln müsse, da die neue Lehrkraft es sich nicht zutraut, ein Kind mit Down-Syndrom in einer regulären Schulklasse zu unterrichten. Sie beklagt, den ständigen Rechtfertigungsdruck der Eltern, warum sie ihr Kind einzelinklusive einschulen bzw. beschulen wollen und sie dadurch ihr Kind von vornherein an eine sonderpädagogische Schule geben. Es lässt sich also feststellen, dass Befindlichkeitsstörungen von Lehrkräften das Wahlrecht einschränken. Als eine Lösungsmöglichkeit wird genannt, Lehrern, die Angst haben, Unterstützung zu bieten, damit sie Lernen damit umzugehen. Herr Liedl fordert die Entwicklung eines Instrumentariums für Lehrkräfte zur Problembewältigung. Dafür seien auch Lernstandsgespräche mit allen Schülern nötig, die sowohl für SchülerInnen mit als auch für SchülerInnen ohne Förderbedarf wertvoll seien. Im Grund- und Mittelschulbereich sei dafür bisher kein Modell entwickelt worden. Frau Schichtl bringt außerdem Definitionsprobleme ins Spiel, ab wann von einer inklusiven Klasse gesprochen werden kann. Grundsätzlich sei Inklusion Aufgabe der gesamten Schule und nicht einer einzigen Lehrkraft. Als positives Beispiel nennt sie einen drei Tage langen „Erste-Hilfe-Kurs“ in Dillingen für Lehrkräfte, die ein inklusiv beschultes Kind in die Klasse bekommen und sich so darauf vorbereiten können.

Kooperation und Vernetzung zwischen den Schulformen

In der Runde wird anschließend über die Kooperation und Vernetzung zwischen den verschiedenen Schulformen gesprochen. Herr John mahnt an, dass SchülerInnen, die von einer Förderschule auf eine Regelschule wechseln, ihre Förderressourcen mitnehmen können sollten. Es besteht eingehender Konsens drüber, dass es nicht darum gehen könne Förderschulen abzuschaffen, da dort sehr viel Kompetenz

vorhanden sei, sondern stärker gefragt werden muss, auf welchem Wege diese Kompetenz zu den SchülerInnen kommt, d.h. wie eine Verzahnung der Kompetenzen der unterschiedlichen Schulformen für die Umsetzung in der Praxis gelingen kann. Herr Liedl merkt an, dass die Instrumentarien nicht neu zu erfinden seien, sondern nur neu koordiniert werden sollten. Dafür müssen die individuellen Möglichkeiten der verschiedenen Schulformen und deren Ressourcen herausgearbeitet werden, wobei die Förderschulen ausdrücklich einzubeziehen sind. Insbesondere Gymnasien und Fachoberschulen haben oftmals wenig Bezug zu diesen Fragen. Herr John wirft daher die Frage auf, wie diese Erfahrungen zusammenkommen. Denn die Kooperation zwischen den Schulen kann auch auf Ebene der Schüler etwas bewirken, wenn diese in Kontakt kommen, bspw. durch die Konfrontation eines „einschränkungsfreien“ Gymnasium mit Klassen mit Menschen mit Behinderung. Bislang gibt es keine Gesamtschulkonferenz über die Grenzen von Schularten hinaus. Allerdings gibt es den Austausch über die staatliche Schulberatungsstelle, in der sich vier bis fünf Mal im Jahr VertreterInnen aller Schularten treffen. Es werden mehrere Vorschläge gemacht, um die Vernetzung im Landkreis unter den versch. Schulformen zu stärken: Zum einen könnte der Landkreis einen Aktionstag oder Inklusionskongress anbieten, um die gesamte Bandbreite an Themen zu sammeln und zu klären, was man vor Ort tun kann, damit Beratung besser funktioniert. Ebenso könnte man auch im Landkreis analog zum Projekt Regensburg inklusiv mehrere Lehrschulungen regional anbieten. Herr Liedl bietet an im Rahmen der Abschlussveranstaltung des Modellprojekts an einem Freitag im Oktober alle Schularten einzuladen, da es dann auch gleich einen konkreten Anlass gebe.

Zwischenfazit Inklusion im Bereich Schule

Herr John fasst zusammen, dass die Frage offen sei, wo man als Schule reagiert und Hilfsmöglichkeiten bereitstellen kann. Außerdem müssten Kooperationen überprüft werden, um bspw. gemeinsamen Unterricht zu verwirklichen. Daneben müssten gerade was bauliche Dinge betrifft, den KommunalpolitikerInnen die Probleme aufgezeigt werden. Insgesamt müssten befriedigende Bedingungen in Bezug auf den Aufwand zur Erreichung von Inklusion geschaffen und im Rahmen des Aktionsplans Inklusion Forderungen formuliert werden, die an das Kultusministerium weitergeleitet werden können. Durch eine homöopathische Zuweisung von Mitteln zur Umsetzung von Inklusion könne dies aber nicht gelingen.

In der nächsten Sitzung sollen die Probleme auf Grundlage dieses Protokolls stärker systematisiert werden und ein Text mit Handlungsvorschlägen und Zielen entstehen.

Alle Personen sind aufgefordert weitere Personen anzusprechen und in ihren Institutionen auf die angesprochenen Problematiken hinzuweisen.

4 Verabschiedung durch Herrn Mooser

Herr Mooser beendet die Arbeitsgruppensitzung und verweist auf die 2. Runde der Arbeitsgruppe Schule und Erziehung, die am 14.06.16 um 19:30 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Landratsamts Regensburg stattfinden wird.

Für das Protokoll

Peter Reifschneider

Michael John

BASIS-Institut

ANHANG

Internetadresse zu Aktionsplan Inklusion und Demographie:

https://www.landkreis-regensburg.de/UnserLandkreis/Regionalentwicklung/Regionalmanagement/Inklusion_undDemographie.aspx